

Herrn Stadtverordneten-Vorsteher

Herbert Anders

61118 Bad Vilbel

Donnerstag, 10. April 2018

E: 25.04.2018

Antrag Abschaffung Straßenausbaubeitragssatzung 02/18

Sehr geehrter Herr Anders,

die Fraktionen von CDU und FDP bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu nehmen:

Der Magistrat der Stadt Bad Vilbel wird gebeten, für die nächste Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zu erarbeiten, mit der die Straßenbeitragsatzung der Stadt Bad Vilbel wieder abgeschafft wird. Dazu wird Bürgermeister Dr. Stöhr gebeten, zur absoluten Sicherheit auch ein Gespräch mit dem Landrat zu führen, um keine zusätzlichen Bedenken bei der Kommunalaufsicht aufkommen zu lassen.

Begründung:

Die Koalition aus CDU und FDP wollte schon 2014 am liebsten gar keine Straßenbeitragsatzung einführen. Sie wurde ja erst im Jahr 2008 auf Vorschlag von Bürgermeister Dr. Stöhr in Bad Vilbel abgeschafft.

Als dann 2012 das hessische Kommunalabgabengesetz geändert wurde und aus einer „Kann-“ eine „Soll-Vorschrift“ wurde, bekamen wir vom damaligen Landrat des Wetteraukreises als Kommunalaufsicht 2013 die Auflage, eine Straßenbeitragsatzung zu erlassen, um eine Haushaltsgenehmigung zu bekommen.

So waren wir gezwungen, sie gegen unseren Willen wieder einzuführen.

Auf Landesebene wurde nun auf Initiative der FDP und bei Zustimmung von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen entschieden, die „Soll-Vorschrift“ wieder in eine „Kann-Vorschrift“ zu ändern. Daher besteht nach unserer Meinung mit Inkrafttreten der Gesetzesänderung kein juristischer Grund mehr, welcher der Abschaffung entgegensteht.

Mit freundlichen Grüßen

Irene Utter, CDU

Jörg-Uwe Hahn, FDP

